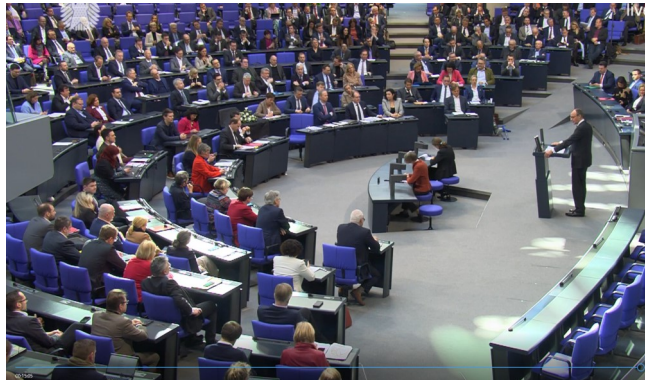


Vor EU-Gipfel: Merz stellt Scholz ein schlechtes Zeugnis aus Bundestag debattiert Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung in der Außen-, Sicherheits- und Migrationspolitik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. In seiner Antwort auf die Regierungserklärung zum EU-Gipfel warf Merz Kanzler Scholz Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine und der Umsetzung der Zeitenwende vor. Auch in der Asyl- und Flüchtlingspolitik fehle es Scholz an Initiative.

Mit Blick auf die Unterstützung der Ukraine sagte Merz, man könne „nur hoffen, dass wir nicht eines Tages aus der Rückschau sagen müssen, das war zu wenig und zu spät“. Die Ukraine kämpft seit bald einem Jahr einen Abwehrkampf gegen den russischen Aggressor. Man dürfe sich an den Krieg nicht gewöhnen, mahnte Merz. „Wir müssen dem Land weiter helfen, humanitär, finanziell und eben auch militärisch.“

Merz kritisierte erneut, dass Deutschland bei der Lieferung moderner Kampf- und Schützenpanzer „gebremst und verzögert“ hat. Selbst nach dem Beschluss der Bundesregierung werde die Auslieferung der Panzer Wochen und Monate dauern, weil sie noch instandgesetzt



Friedrich Merz bei der Debatte am Mittwoch im Plenum

werden müssen. Auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten daran habe noch nicht begonnen. Dabei droht der Ukraine ein noch brutalerer Angriff der Russen in den nächsten Wochen. Der europapolitische Sprecher der Fraktion, Gunther Krichbaum, warf der Seite 2 Regierung vor: „Dieses Zögern und Zaudern kostet Menschenleben.“

Die unmittelbar nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende findet laut Merz „weitgehend auf dem

Austausch mit australischem Botschafter

Auf Einladung von Josef Rief trafen sich die Haushälter für den Agrarhaushalt mit dem australischen Botschafter, Philip Green. Der Klimawandel stellt auch die australische Land- und Forstwirtschaft vor große Herausforderungen, darunter Waldbrände und Überschwemmungen. Australien als Energieexporteur will sich zu einer Supermacht für Erneuerbare Energien transformieren. Zum Gelingen sei deutsche Technik nötig. Der Botschafter hob Chancen eines neuen Freihandelsabkommens zwischen Australien und der EU hervor. Im Gegensatz zur EU sei Australien im wesentlichen von ärmeren Ländern umgeben. Auf dem Foto (v.l.n.r.) Esther Dilcher, Torsten Herbst, Philip Green, Josef Rief, Ulrike Schielke-Ziesing ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Papier statt“. Aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro seien praktisch noch keine Bestellungen aufgegeben worden. Die Rüstungsunternehmen hätten keine Aufträge und somit keine Planungssicherheit. „So kann man mit den Bündnisverpflichtungen nicht umgehen“, kritisierte Merz.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zeigte sich ebenfalls enttäuscht, dass die 100 Milliarden nicht ausgegeben werden. Er mahnte auch die Einhaltung des NATO-Ziels an, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Dies hatte Scholz ebenfalls versprochen, setzt es im Haushalt bislang aber nicht um.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Merz beteuerte, dass Deutschland selbstverständlich Menschen helfe, die in Not geraten – Menschen etwa, die aus den Kriegsgebieten in der Ukraine fliehen oder aus der Erdbebenregion in der Türkei und Syrien. Er verwies darüber hinaus auf das Problem der irregulären Migration, die derzeit wieder stark ansteigt und die Kommunen vor riesige Probleme stellt. In vielen Städten und Gemeinden sind die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft.

Um Lösungen zu erarbeiten, rief Merz Scholz auf, zu

einem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt einzuladen. Der Kanzler dürfe die Sache nicht seiner Innenministerin überlassen, die in Gedanken schon bei ihrem Wahlkampf um das Ministerpräsidentenamt in Hessen sei.

Merz forderte den Kanzler außerdem auf, sich in Brüssel für eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik einzusetzen. Scharf kritisierte er, dass Scholz sich nicht mit den Vorschlägen der schwedischen Ratspräsidentschaft zur Migration befasst. Diese sehen unter anderem eine härtere Gangart gegenüber Ländern vor, die ihre Staatsbürger nicht zurücknimmt, obwohl diese kein Aufenthaltsrecht in der EU haben. Dobrindt ging auf die Verärgerung von EU-Staaten an den Außengrenzen des Binnenmarktes ein, die beklagen, dass Deutschland ständig Anreize für irreguläre Zuwanderung setze.

Krichbaum bemängelte, dass die Ampel oft keine abgestimmten Positionen habe, mit der sie die Interessen Deutschlands in Brüssel vertreten könne. Das gelte etwa in der Reaktion auf das US-Subventionspaket zur Senkung der Inflation. Merz warf Scholz generell vor, die internationale Handelspolitik zu vernachlässigen und sich zu wenig um bilaterale Handelsverträge zu bemühen. ■

Wohnungsmisere: Die Regierung lässt die Menschen im Stich

Die Lage am Wohnungsmarkt ist angespannt – nicht nur, aber vor allem in Großstädten. Der Wohnungsbau stagniert, die Mieten steigen. In einer aktuellen Stunde des Bundestages haben Abgeordnete der Unionsfraktion die Ampel-Koalition heftig dafür kritisiert, dass sie die Menschen im Stich lässt. Die Baupolitik der Ampel ist ein Armutszeugnis, meint Vizefraktionschef Ulrich Lange.

Angesichts der Misere auf dem Wohnungsmarkt forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bundeskanzler Olaf Scholz auf, das Thema Bauen und Wohnen zur Chefsache zu machen. Das Bundesbauministerium sei ein „Sanierungsfall“, die Ministerin eine „Königin ohne Land“, kritisierte er. Es brauche aber schnell Vorschläge, wie zügig neuer und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

Die Koalition hatte bei Amtsantritt versprochen, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Inzwischen hat sie eingeräumt, dass sie das Ziel bei Weitem

verfehlt. Ulrich Lange warf Bundesbauministerin Klara Geywitz vor, dass sie ihr eigenes Versagen auf der Bauwirtschaft ablade. Die CDU-Abgeordnete Anne König mutmaßte: „Der Ampel fehlt der politische Wille, um mehr Wohnungen zu bauen.“

Der baupolitische Sprecher Jan-Marco Luczak wie auch Anne König räumten ein, dass sich externe Faktoren wie gestiegene Zinsen und Materialpreise sowie der Fachkräftemangel negativ auf den Wohnungsbau auswirkten. Allerdings gieße die Regierung „Öl ins Feuer“, sagte Luczak. So verschrecke sie mit ihrem Förderchaos Investoren. Auch die Debatte über Enteignungen im Land Berlin trage nicht dazu bei, dass in den Wohnungsbau investiert werde. Luczak nannte diese Debatte unverantwortlich.

Auch König sprach von einem Förderdschungel. Außerdem sei das Fördervolumen zu klein. Die Unionsfraktion bemängelt, dass die Ampel das Bauen immer mehr verteuert, indem sie die Standards – etwa zum Klimaschutz – immer weiter hochschraubt, die Unterstützung dafür aber senkt. ■